

Statt EU von oben – Für ein demokratisch- mensenrechtliches Europa von unten

Einladung zur Tagung des Komitees für Grundrechte und
Demokratie in Kooperation mit der Evangelischen Aka-
demie Arnoldshain:

16. – 18. September 2005

in der Evangelischen Akademie Arnoldshain (Martin-
Niemöller-Haus)

Die Spitzenleute der Europäischen Union können sich auf die Schultern
klopfen:

- Im vergangenen Jahr haben sie die Union erweitert auf 25 Staaten. Die verbliebenen Reste des europäischen Kontinents im Osten und Südosten werden – wie zuvor die jetzt beigetretenen Staaten – in die Rolle von Bittstellern und Pufferstaaten gedrängt, die sich – sofern sie die Gnade der Aufnahme erreichen wollen – erst einmal bewähren müssen.

- In diesem Jahr haben die Staats- und Regierungschefs den EU-Verfassungsvertrag unterzeichnet. Dieses Machwerk von mehr als 600 Artikeln und einem langen Anhang von Erklärungen soll nun auf europäisch-demokratische Qualität hin oder her ratifiziert werden. Teils soll dies via Volksabstimmung unzureichend informierter Bevölkerungen geschehen, teils durch parlamentarische Händehoch. Das für unvoreingenommene LeserInnen nicht nachvollziehbare Textmonstrum hat mit liberal-demokratischen Verfassungen im herkömmlichen Sinne nur eines gemeinsam: es soll für pauschale Legitimation sorgen. Zu diesem Behufe wird es als Ausdruck der „europäischen Idee“ verkauft.

Tatsächlich folgt die gegenwärtige EU jedoch – verkürzt aber durchaus zutreffend gesprochen – der „Logik des Kapitals“. Sie wird nur verständlich, wenn man sie im Kontext der Weltmarktentwicklung als regionalen Knoten- und Kreuzungspunkt kapitalistischer Macht und Konkurrenz wahrnimmt. Dies ändert die neue Verfassung nicht. Im Gegenteil: diese ist vielmehr eine Fortschreibung der derzeitigen Verhältnisse. Sie wurden in einem Verfassungsungetüm gebündelt.

- Das wichtigste Merkmal der gegenwärtigen EU ist extensive Marktliberalisierung. Schon das seit Mitte der 80er Jahre betriebene Binnenmarktprojekt, das heute den Kern der „Verfassung“ darstellt, war ein gigantisches Privatisierungs- und Deregulierungsprogramm. Gleichzeitig werden Subventionen und Schutzvorkehrungen (Protektionismen) vor allem für landwirtschaftliche Produkte der EU beibehalten – mit imperialen Folgen im doppelten Sinne: Sie befördern in nur teilweise sublimem Neokolonialismus insbesondere die früheren französischen Kolonialgebiete in Afrika. Sie wirken negativ auf jene Länder, die vor allem von ihren potenziellen Agrarexporten leben.

Rücksichtslose Handels- und Investitionsfreiheiten dort, wo Unionseuropa um Längen stärker ist als andere – Protektionismen dort, wo innerer Konflikte halber Gruppen und Branchen auf Kosten anderer Länder befriedet werden. Entgrenzung und Aufbau neuer Grenzen, das ist die Dialektik der „open market policy“ auch in der EU-Version.

- Entgrenzung und Aufbau neuer Grenzen ist auch die Logik der Polizei- und der verpolizeilichten Asyl- und Migrationspolitik der EU. Zum einen baut die EU Grenzen gegen und Lager vor den Grenzen für die Flüchtlinge

siehe weiter auf Seite 3 und 4



Demonstrationsrecht - zum politisch-polizeilichen Umgang mit einem „störenden“ Grundrecht

Die radikaldemokratische Bedeutung des Demonstrationsrechts hat das Komitee von allem Anfang an um- und zu Demonstrationsbeobachtungen angetrieben. In dieser Broschüre berichten wir von unseren Erfahrungen beim Castortransport im November 2004. Das dort alljährlich verhängte Demonstrationsverbot per Allgemeinverfügung nahmen wir zum Anlass zu einer Stellungnahme wider alle Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Wir blicken des weiteren zurück auf 10 Jahre Demonstrationsbeobachtung im Wendland.

Wir dokumentieren unsere Stellungnahme wider die Änderung des Versammlungsgesetzes, wie sie im Frühjahr 2005 erfolgte.

Preis: 8,- EURO; zu bestellen im Komitee-Sekretariat in Köln

Spendenaufruf

Komitee für Grundrechte
und Demokratie
Volksbank Odenwald
BLZ 508 635 13
Konto 802 46 18

Ausge-Lager-t

In diesem Jahr beginnt die Arbeitsgruppe Flucht und Migration des Komitees zusammen mit befreundeten Gruppen und Organisationen eine Initiative gegen die Unterbringung und Internierung von Flüchtlingen sowie Migrantinnen und Migranten in lagerähnlichen Massenquartieren, „Ausreisezentren“, Abschiebefängnisse und Flüchtlingslagern. In diesen Lagereinrichtungen verschiedenster Art werden die Menschen im wörtlichen und übertragenen Sinne festgesetzt und zu Objekten der Flüchtlingsverwaltung degradiert. Ihre Menschenrechte werden verlagert und damit fortwährend verletzt.

Aus diesem Grund wollen wir gemeinsam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern am 24. September 2005 einen Aktionstag an einem der Lager in Deutschland gestalten. Weitere Informationen dazu erhalten Sie in den kommenden Wochen.

Der Aussendung dieser INFORMATIONEN liegt ein Aufruf gegen die Errichtung von Lagern bei. Wir möchten Sie bitten, diesen zu unterstützen und weiterzuberichten. Weitere Exemplare des Aufrufs können im Sekretariat angefordert werden.

Auf internationaler Ebene arbeitet die EU, angeführt vom deutschen Innenminister, weiter an den Plänen, exterritoriale Lager in Nordafrika zu errichten. Das Komitee hat dazu einen Internationalen Appell initiiert, mit dem wir eine Inspektion der bestehenden Lager im Mittelmeerraum durch unabhängige Menschenrechtsgruppen und Abgeordnete der EU sowie der nationalen Parlamente vorschlagen. Dieser Appell, der inzwischen europaweit Verbreitung findet, kann auf unserer Homepage (www.grundrecht-komitee.de – Dort unter: Presse oder Asyl, Flucht und Migration) in verschiedenen Sprachen abgerufen werden.

Helfen Sie mit, dass wir uns, eingedenk unserer Vergangenheit, nicht erneut an Lager in und vor Europa gewöhnen.

Dirk Vogelskamp

Israel - Palästina

Das Komitee hat im November 2003 eine Bürgerinnen- und Bürgerinformation zum Thema „Israel-Palästina: Gewalt ohne Ende oder Verständigung und Kooperation“ erstellt. Auch in den drei letzten Broschüren zur Aktion „Ferien vom Krieg“ haben wir die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Nahost und ihre Auswirkungen auf den Alltag der jungen Menschen beider Seiten als Hintergrund der schwierigen Begegnungen zu beschreiben versucht. (Die Bürgerinformationen und die Broschüren können noch bestellt werden).

In den großen deutschen Medien wird der Konflikt im Nahen Osten meist auf der Ebene mehr oder weniger charismatischer Führer verhandelt bzw. der Schlichtungsversuche diverser staatsmännischer Emissäre. Wenn über die Lebensverhältnisse in Israel berichtet wird, so meist anlässlich der Ermordung von Zivilisten bei terroristischen Selbstmordattentaten. Über die internen Spannungen in der israelischen Gesellschaft, die in den letzten Jahren durch die enormen Militärkosten noch verstärkt wurden, erfährt man wenig. Auch über die vielen mutigen Aktionen kleiner Friedensgruppen wird kaum berichtet (Protestcamps und Entzahnungsaktionen gegen die Mauer, Aufrufe zur Wehrdienstverweigerung und Haftstrafen gegen „Refuseniks“, Erntehilfen für palästinensische Bauern, Proteste gegen neue Siedlungen auf geraubtem Land, Beobachtung und Dokumentation von den Kontrollen an den checkpoints, Mahnwachen der „Frauen in Schwarz“ usw. Auch das politische Dilemma, in das die Opposition in Israel geraten ist, seit fundamentalistische Siedlergruppen militant gegen den Rückzug aus Gaza vorgehen und einige bereits mit der Ermordung Scharons gedroht haben, wird in den Medien kaum herausgearbeitet, obwohl manche politische Analysen schon vor einem Bürgerkrieg warnen.

In bezug auf die palästinensische Seite wurde über die Differenzen zwischen mehr oder weniger militanten Organisationen (Hamas vs.-PLO) zwar viel berichtet, wenig dagegen über die Ursachen der Radikalisierung breiter Bevölke-

rungsschichten: die zerstörerischen Folgen der Besatzungspolitik, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch Kontrollen und Ausgangssperre, die gezielte Tötung von (vermeintlichen) Terroristen; die Enteignung von Land und die Zerstörung von Häusern aus Sicherheitsinteressen, die zugleich der Annektion fruchtbarer Landes und kostbarer Wasserreserven dienen; die Einzäunung durch Mauern und Stacheldraht von Millionen Menschen auf ihrem eigenen Territorium; die Ansiedlungen von umworbene Einwanderern auf geraubtem Land.– Das alles ohne völkerrechtliche Grundlage und häufig auch gegen die Gesetze des Staates Israel. Diese kollektive Demütigung wird von fanatischen Islamisten für ihre mörderischen Ziele missbraucht

Einen alternativen Informationsdienst zum schwierigen Nahost-Konflikt als e-mail-Dienst in deutscher Sprache hat Pater Fielenbach aus Straubing aufgebaut. Er wählt wöchentlich aus vielen Quellen aus und versendet Berichte aus der Friedensbewegung in Israel, von den Internationalen Freiwilligen in Palästina und interessante Zeitungsartikel. (Mail: rfielenbach@karmelitenorden.de).

Für unsere Mitglieder und Interessenten, die keinerlei Zugang zum Internet haben, können wir einen Teil dieser Auswahl ausdrucken und gegen Unkostenerstattung zusenden (Helga Dieter, Flussgasse 8, 60489 Frankfurt). Eine thematische Strukturierung, Gewichtung oder Kommentierung ist uns allerdings nicht möglich.

Darüber hinaus gibt es viele weitere Informationsmöglichkeiten. (z.B. www.inamo.org: oder www.zmag.de/ Eine Link-Sammlung findet man unter: www.palmyra-verlag.de/Links-NO.html

In englischer Sprache gibt es viele mailing-Listen oder Internet-Seiten zur Information, einige seien hier genannt, auf denen es jeweils weitere links gibt:

www.newprofile.org/
www.gush-shalom.org/english/index.html
www.stophewall.org
<http://www.palestinechronicle.com>

Helga Dieter

und die Armen, die bleiben sollen, wo sie verhungern. Zum andern ist die Aufhebung der Grenzen im Innern der Union nur teilweise erfolgt. Sie ist durch eine Verlagerung der Kontrollen ins Innere ergänzt worden. Freie Fahrt heißt die Parole dagegen für die Polizeien der EU, die institutionell und in ihren Methoden mehr und mehr zusammenrücken.

- Eine Liberalisierung mit starken Zähnen betreibt die EU auch im militärischen Bereich. Die einzelstaatlichen Einrichtungen des nach außen gekehrten Gewaltmonopols sollen in einer gemeinsamen „Verteidigungspolitik“ aufgehen. Die EU macht sich fit für weltweites „Krisenmanagement“ und „humanitäre“ Interventionen – teils mit, teils ohne Nato. Dass sie dabei ihre Interessen vertritt, versteht sich von selbst. In diesen Kontext passen die von Ideologie tiefenden Lehren eines neuen Kriegstypus ebenso trefflich wie die konkreten Aktivitäten im „Krieg gegen den Terror“, dem sich die EU spätestens seit dem 11. September verschrieben hat.

- Die dominante Eigenschaft der EU ist die eines expansiven kapitalistischen Macht- und Herrschaftsblocks. Mit neuen Grenzen, mit einem zusammenwachsenden inneren und äußeren Gewaltmonopol entwickelt sie sich zu einem neuartigen Staatsgebilde, dem der Verfassungsvertrag die notwendige Legitimation verleihen soll. In diesem beschwören die Regierenden zwar vollmundig die liberal-demokratischen Traditionen Europas. Die vorgesehenen Prozeduren können jedoch selbst bei äußerster Anstren-

gung nicht als demokratisch bezeichnet werden. Statt Teilhabe der Bevölkerung und Gewaltenteilung sorgt die Verfassung allenfalls für eine Konkurrenz zwischen den europäischen und einzelstaatlichen Exekutiven. Während die Grundrechte-Charta, der zweite schon 1999 beschlossene Teil der Verfassung, zu kaum etwas verpflichtet, glänzen die vier „Grundwerte“ des Binnenmarktes als wahre Edelsteine – hart und trefflich geschliffen, ein Schmuck für alle Habenden und Herrschenden: die Freiheiten des Kapitals, der Ware, der Dienstleistung und der Arbeit.

Während die Regierungen der meisten Mitgliedstaaten noch um die Zustimmung ihrer Bevölkerungen werben, sind die „Organe“ der EU bereits dabei, das sehr konkrete Handlungsprogramm des dritten Teils der „Verfassung“ abzuarbeiten. Mit oder ohne Verfassung – all jene, denen es um Demokratie und Menschenrechte geht, müssen sich nun dringend überlegen, wie sie für ein anderes Europa weiterkämpfen wollen.

Dass bornierte Vorstellungen vom Nationalstaat nicht das Gegenbild zum kapitalistischen Machtblock EU sind, versteht sich von selbst: Erstens, weil die Geschichte der europäischen Nationalstaaten eine Geschichte von Kriegen und Unterdrückung war; nicht umsonst richteten sich nach dem Zweiten Weltkrieg pazifistische und demokratische Hoffnungen auf ein vereintes und friedliches Europa ohne



© Gottfried Müller

Grenzen. Zweitens, weil die Bremsen, die die Einzelstaaten einer kapitalistisch-herrschaftlichen Europäisierung entgegenstellen könnten, weitestgehend abgeschliffen sind. Das, was sich in der Tradition substantieller Aufklärung mit dem Namen Europa verbinden lässt, gilt es in institutioneller Vorstellungskraft zu entwickeln und als ein Europa vorzustellen, das wir politisch-menschenrechtlich meinen. Darum muss es auch in seinen Prozeduren und Organisationsformen von unten nach oben durchdacht werden.

Die Jahrestagung des Komitees soll deshalb nicht nur den Verfassungsvertrag kritisch beleuchten und Bilanz der EU-Verfassungswirklichkeit ziehen. Die Tagung soll auch Vorstellungen entwickeln, wie die alten und neuen Ideale eines demokratisch-menschenrechtlichen Europas praktisch werden können.

Wir laden alle herzlich ein, an unserer Arnoldshainer Tagung teilzunehmen und mitzuwirken.

Pfr. Dr. Hermann Düringer
(Akademiedirektor)

Heiner Busch, Wolf-Dieter Narr
(Komitee für Grundrechte und Demokratie)

**Komitee für Grundrechte
und Demokratie e.V.**
Aquinostr. 7 - 11

50670 Köln

Absender / Absenderin
(bitte in Druckbuchstaben)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Telefon

email

Tagungsverlauf

Freitag, 16. September 2005

17.00 Uhr: **Wolf-Dieter Narr**: Das europäische Versprechen, seine Chancen und Gefahren

Ab 20.00 Uhr: Diskussion, eingeführt von zwei kurzen Statements:

- **Sylvia-Yvonne Kaufmann** (angefragt): Verteidigung der Entwicklungen zu einem EU-Europa

- **NN**: Die „Utopie von Europa“ in einem Europa von unten

Samstag, 17. September 2004

9.30 - 10.45: **Eva Kreisky** (Uni Wien, angefragt): Verfassung und Verfassungswirklichkeit der EU - Wie die EU zum Super-Staat geworden ist

11.15 - 12.30: **Heiner Busch**: Was kann außerparlamentarische Opposition in diesem EU-Super-Staat heißen?

14.30 - 18.00 Arbeitsgruppen in drei Schwerpunktbereichen:

AG I: „Der EU-Militarisierung widerstehen!“

In dieser Arbeitsgruppe wollen wir unsere Einschätzungen zur Entwicklung der Militarisierung der EU austauschen, um vor allem über politische Alternativen und Möglichkeiten des Widerstandes zu beraten. Wie und mit welchen Aktionen können Alternativen in eine breitere Öffentlichkeit getragen werden? Bestehen Chancen einer Vernetzung von Initiativen in verschiedenen EU-Ländern, die sich der Friedensbewegung zurechnen und gegen die EU-Militarisierung angehen. Friedensgruppen aus anderen EU-Ländern sind herzlich eingeladen, gemeinsam über Perspektiven nachzudenken.

Vortrag: **Claudia Haydt** (Informationsstelle Militarisierung Tübingen): Alternativen zur EU-Militarisierung - Möglichkeiten des politischen Widerstands

Moderation der AG: Andreas Buro / Martin Singe

AG II: Was tun gegen die Verlagerung Europas

Die EU-Staaten haben sich auf gemeinsame „Mindeststandards“ für das Asylverfahren geeinigt, deren Kern eine besonders scharfe Drittstaatenregelung ist. Gleichzeitig verspricht der Verfassungsvertrag den Aufbau eines „integriertes Grenzschutzsystems“. Man verhan-

delt mit Pufferstaaten im Osten (Ukraine) und im Süden (Libyen) über eine Verlagerung des Asylverfahrens vor die Außengrenzen des europäischen Wohlstandsraums. „Minimale Standards - maximale Abschottung“ - was tun?

Vortrag: **Helmut Dietrich** und **Marei Pelzer**

Vorbereitung und Moderation: Heiner Busch, Thomas Hohlfeld, Dirk Vogelskamp

AG III: Marktfreiheit und Marktmacht Europas - wie wird die EU kapitalistisch definiert? Am Beispiel der Bolkesteinrichtlinien

Die EU und ihre Vorformen à la EWG und EG sind immer schon primär ökonomisch definiert. Waren es jedoch in den ersten Jahrzehnten vor allem die Sektoren und Branchen, die im kapitalistischen Wettbewerb noch nicht und nicht mehr mithalten konnten - wie der primäre Sektor und Kohle/Stahl -, so bezeichnet spätestens Maastricht eine Wende ins kapitalistische Vorwärts: die EU als Startrampe in Sachen Weltmarkt und als eigener globaler Machtspieler im Wettbewerb mit anderen politisch gestützten Global Players. Diese Wende, die die bleibende Bedeutung als Subventionsunion nach innen und neokolonial nach außen nicht unterschätzen lassen darf, führt dazu, dass die EU zum mächtigen Hebel ökonomisch globalisierender Gleichschaltung der EU-Gesellschaften samt ihren massiven Folgen in Sachen struktureller Ungleichheit geworden ist. Das, was diese Gleichschaltung nach innen und nach außen bedeutet, gilt es, möglichst exemplarisch herauszuarbeiten. Zugleich ist zu überlegen, ob und wie politisch dagegen gearbeitet werden kann.

Vortrag: **Joachim Hirsch** (angefragt) und **Markus Wisen** (angefragt)

Vorbereitung und Moderation: Wolf-Dieter Narr, Peter Grottian (angefragt), Roland Roth

19.30 - 20.00 Uhr: Europa-Theater von **Peter Grohmann**

Sonntag, 18. September 2005

9.30 - 10.45: **Roland Roth**: Für ein Europa von unten

11.15 - 12.00 Diskussion

Organisatorische Hinweise:

Anmeldungen und Rückfragen bitte an das Komitee für Grundrechte und Demokratie, Telefon: 0221 - 9726930, Fax: -31; email: info@grundrechtekomitee.de

Vor der Tagung erhalten Sie weitere Informationen, insbesondere zum Tagungshaus, Wegbeschreibung etc.

Die Teilnahmekosten (leider fallen bisherige Förderungen weg) betragen incl. Übernachtungen und Vollverpflegung für zwei Tage:

134,- Euro (DZ) und 150,- Euro (EZ)

StudentInnen, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger können einen reduzierten Beitrag von 67,- Euro (DZ) oder 83,- Euro (EZ) bezahlen.

Der ermäßigte Beitrag wird aus einem Fonds der Gesellschaft Ev. Akademie Arnoldshain e.V., dem Kreis der Freunde und Förderer der Akademie ausgeglichen. Spenden für diesen Fonds bitte auf das Konto 41 00 522 bei der Ev. Kreditgenossenschaft eG Frankfurt (BLZ 500 605 00) unter dem Stichwort „Fonds der Gesellschaft“.

Name, Anschrift und Telefon bitte deutlich lesbar umseitig eintragen!

Hiermit melde ich mich zur Tagung „Statt EU von oben - für ein demokratisch-menschenrechtliches Europa von unten“ an. Ich wünsche Unterbringung im

Einzelzimmer Doppelzimmer

Den Teilnahmebeitrag von 134,-/150,- Euro überweise ich bis zum 1. September auf das Konto des Komitees bei der Volksbank Odenwald, BLZ 508 635 13, Konto: 8 024 618 (Stichwort Tagung 2005)

Ich bin damit einverstanden, dass meine Adresse auf einer Liste an andere TagungsteilnehmerInnen (z.B. für Fahrgemeinschaften) weitergereicht wird.